

Österreichische Regionen mit Bevölkerungsrückgang

Analysen und Handlungsempfehlungen

EXPERTINNENPAPIER

Erarbeitet im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft „Regionen mit Bevölkerungsrückgang“ (federführende Partner: BKA, BMLFUW, Land Tirol) und unter Bezugnahme auf eine Vorstudie im Auftrag des Bundeskanzleramts

Dieser Bericht bildet die Meinung der AutorInnen ab und muss sich nicht mit der Position der ÖREK-Partnerschaft decken

Helmut Hiess

Thomas Dax

Luis Fidlschuster

Michael Fischer

Theresia Oedl-Wieser

Wien, Oktober 2017

MIT UNTERSTÜTZUNG VON BUND, LÄNDERN UND EUROPÄISCHER UNION



Europäischer
Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des
ländlichen Raums:
Hier investiert Europa in
die ländlichen Gebiete



Regionen mit Bevölkerungsrückgang Analysen und Handlungsempfehlungen

ExpertInnenpapier

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1. Einleitung.....	4
2. Handlungsleitende Theorien	7
3. Zusammenfassung der Analytischen Befunde und Schlussfolgerungen	8
3.1 Das Phänomen Bevölkerungsrückgang in österreichischen Regionen.....	8
3.2 Motive der Wanderung	12
3.3 Faktor Lebensqualität.....	14
3.4 Faktor Regionalwirtschaft.....	18
3.5 Faktor Tourismus	20
3.6 Faktor Land- und Forstwirtschaft.....	22
3.7 Trendbrüche und Trendwenden	22
4. Handlungsempfehlungen	24
4.1 Allgemeine Empfehlungen	24
4.2 Regionalwirtschaftliche Empfehlungen	27
4.3 Tourismus.....	28
4.4 Lebensqualität	28
4.5 Gender, soziale Diversität, Inklusion	29
5. Forschungsbedarf	31

GZ16664/Ber./Analysen_Handlungsempfehlungen_Expertenpapier_20171002.doc/Hie-Alt

1. EINLEITUNG

Der demografische Wandel ist ein zentrales Thema für viele Regionen in Österreich: Ein Auftrag für eine koordinierte Politik.

Die aktuelle regionale Bevölkerungsprognose 2030 / 2050 der Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) zeigt, dass der demografische Wandel und der Bevölkerungsrückgang in vielen österreichischen Regionen ein zentrales Thema der nächsten Jahre sein wird. Vor diesem Hintergrund wurde eine ÖREK-Partnerschaft beschlossen, die sich mit dem Phänomen des demografischen Wandels, mit den Regionen mit einem anhaltenden Bevölkerungsrückgang und Abwanderungstendenzen sowie den sich daraus ergebenden Problemen, Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten ohne Tabus auseinandersetzen soll. Bereits 2006 und 2009 hat sich die ÖROK mit den Projekten „*Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume*“ und „*Neue Handlungsmöglichkeiten für periphere ländliche Räume*“ auch mit dem Phänomen des Bevölkerungsrückgangs auf regionaler Ebene auseinandergesetzt. Im Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2011 (ÖREK) wurde in der Säule 2 „*Gesellschaftliche Vielfalt und Solidarität*“ unter anderem die generelle Zielsetzung festgelegt, dass „*räumlich differenzierte und akkordierte gesellschaftspolitische Maßnahmen den Bevölkerungsrückgang in einzelnen Regionen und das Altern der Gesellschaft solidarisch abfedern, Anpassungsleistungen von Politik und Gesellschaft einfordern, Anpassungsprozesse initiieren (Sicherung der regionalen Daseinsvorsorge) sowie Maßnahmen zur Stabilisierung auf tragfähigem Niveau entwickeln sollen*“.

Der demografische Wandel hat vielfältige Auswirkungen und ist höchst relevant für unterschiedliche räumliche und funktionelle Ebenen der Politik

Abwanderung aus ländlichen Regionen ist ein Phänomen, das mit der industriellen Revolution, der damit verbundenen Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft und der zunehmenden Arbeitsteilung einsetzte. Die Wanderung in die Städte wurde aber kaum als Problem wahrgenommen, da positive Geburtenbilanzen und höhere Lebenserwartung dazu führten, dass in den meisten Regionen die Bevölkerung insgesamt dennoch zunahm. Mit den gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten 50 Jahren und den damit verbundenen Geburtenrückgängen ist auch in vielen ländlichen Regionen die Geburtenbilanz negativ oder sie kann die negative Abwanderungsbilanz nicht mehr kompensieren. Diese Entwicklung hat seit 2001 noch einmal an Dynamik gewonnen. In der Zwischenzeit sind ca. 30 % aller Politischen Bezirke und mehr als 40 % aller Gemeinden mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert. Mit der Globalisierung der Wirtschaft, der Erweiterung der Europäischen Union und der Einführung des Euro sind Regionen verstärkt einem europaweiten und globalen Standortwettbewerb ausgesetzt. Einer der Standortfaktoren ist ein gut ausgebildetes Arbeitskräftepotenzial. Regionen mit Bevölkerungsrückgang sind einerseits von einem „Brain Drain“ in die Agglomerationsräume und andererseits von einem Mangel an qualifizierten Fachkräften vor allem in der Zukunft betroffen. Schließlich ist Bevölkerungsrückgang auch mit einem demografischen Wandel verbunden, in dem ältere Bevölkerungsgruppen stetig wachsen und junge Bevölkerungsgruppen absolut und anteilmäßig abnehmen. Damit sind vor allem Gemeinden bei der Organisation und Finanzierung der Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge doppelt betroffen: Sowohl Überkapazitäten als auch Kapazitätsengpässe verursachen steigende Kosten. Der demografische Wandel ist daher zunehmend ins Blickfeld der Regio-

alentwicklung und der Raumordnung geraten. Ein auf Förderung und Ordnung von Wachstumsprozessen ausgerichtetes Instrumentarium und das damit verbundene Bewusstsein der handelnden Akteure und Akteurinnen werden mit neuen Herausforderungen konfrontiert.

Das Wissen über das Phänomen Bevölkerungsrückgang, über seine räumlichen und zeitlichen Erscheinungsformen, über die wesentlichen Bestimmungsgründe und seine Konsequenzen sind bruchstückhaft und lückenhaft: ein gesamtösterreichischer Überblick und Handlungsempfehlungen werden vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundeskanzleramt 2015 ein Experten-Impulspapier zu regional- und raumordnungspolitischen Entwicklungs- und Anpassungsstrategien beauftragt, das am Anfang des Jahres 2016 vorgelegt wurde (HIESS et al 2016). Darin wurden folgende Themen bearbeitet:

- Differenzierte Erfassung des Phänomens des demografischen Wandels in Österreich und Skizzierung der damit verbundenen Herausforderungen,
- Sammlung und Aufbereitung theoretischer Konzepte und empirischer Evidenzen aus der Literatur,
- Dokumentation der Ziele und Maßnahmen in den bestehenden raumordnungspolitischen Regelsystemen,
- Sammlung von Beispielen aus der Praxis zu Trendbrüchen und zu Politiken,
- Beschäftigung mit Aspekten der Kommunikation und Bewusstseinsbildung zu diesem Thema.

Als ein Ergebnis dieser Studie wurden auch Empfehlungen für weiterführende vertiefende Analysen vorgelegt. In der im Herbst 2016 gestarteten ÖREK-Partnerschaft „Strategien für Regionen mit Bevölkerungsrückgang“ wurden diese Empfehlungen aufgegriffen und ergänzende inhaltliche Analysen beauftragt. Im Folgenden werden die Erkenntnisse aus der BKA-Studie und den vertiefenden Analysen, die im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft durchgeführt wurden, zusammengefasst. Darauf aufbauend werden zentrale Empfehlungen aus Expertensicht präsentiert.

Als Verfasser dieses Papiers wollen wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es nicht möglich war, alle Aspekte und Zusammenhänge zu diesem Thema erschöpfend auszuleuchten. So fehlen etwa eine vertiefende Analyse des Zusammenhangs zwischen demografischer Entwicklung und Erreichbarkeit, eine repräsentative Motivenanalyse der Zuwanderung in Regionen mit Bevölkerungsrückgang oder eine umfassende Analyse des neuen Phänomens des Bevölkerungsrückgangs in Intensivtourismusgemeinden. Auch die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft für diese Regionen und die besonderen Herausforderungen, die mit der Alterung der Bevölkerung verbunden sind, bedürfen noch vertiefter Bearbeitungen. Empfehlungen zu weitergehenden Forschungen sind daher ein Teil der vorgelegten Ergebnisse.

Die folgenden Ausführungen stellen eine Zusammenfassung der Analyse relevanter theoretischer Konzepte und empirischer Befunde aus der Literatur, der eigenen empirischen Analysen sowie einer praxisgeleiteten Sicht auf die Probleme und Handlungserfordernisse dar. Die

vertieften inhaltlichen Belege zu den Aussagen, thematische Karten, Diagramme, Daten und Fakten sind in einer umfassenden Ergebnispräsentation enthalten.

2. HANDLUNGSLEITENDE THEORIEN

Zur Erklärung und zum Verstehen des Phänomens Bevölkerungsrückgang bzw. demografischer Wandel kann im Wesentlichen auf zwei große Theoriekomplexe zurückgegriffen werden:

- (1) Entwicklungs- und standorttheoretische Konzepte: Thema Migration
- (2) Demografiethoretische Konzepte: Themen Fertilität, Mortalität, Migration

Während die entwicklungs- und standorttheoretischen Zugänge in erster Linie das regional- und wirtschaftswissenschaftliche Methodenrepertoire nutzen, bedienen sich die demografiethoretischen Zugänge eher sozialwissenschaftlicher Methoden.

Die theoretischen Konzepte und die empirischen Befunde legen es nahe, gerade für Regionen mit Bevölkerungsrückgang die Anwendung sowohl von regionalwirtschaftlichen als auch sozialwissenschaftlichen Theorien und Konzepten zu verfolgen. Weder der eine noch der andere Zugang allein kann als ausreichend angesehen werden.

In der Vielzahl der teilweise auch widersprüchlichen Theorien und der unterschiedlichen empirischen Befunde bildet sich die Komplexität des Phänomens deutlich ab. Das heißt, dass Theorien und empirische Evidenzen zwar funktionale Orientierungshilfen darstellen, dass für die Entwicklung von Strategien und die Umsetzung von Maßnahmen ein Primat der Politik (moralische und ethische Grundsätze und Zielvorgaben) bestimmend sein muss.

Ein wesentlicher Aspekt besteht in der Anforderung, generelle Top down-Politiken mit situationsangepassten Bottom up-Politiken zu verknüpfen. Das bedeutet, dass den Multilevel-Governance-Strukturen und Prozessen ein besonderes Augenmerk geschenkt werden sollte.

Folgende Faktoren dürften für Regionen mit Bevölkerungsrückgang von besonderer Bedeutung sein:

- Regionale Wissensbasis: Tradition, „Tacit knowledge“, Human- und Sozialkapital, „Lernende Regionen“
- Weiche Standortfaktoren: Wohn-, Freizeit- und Lebensqualität
- Regionale Innovationssysteme: Offenheit für Neues, Innovative Milieus, Netzwerke nach außen, Brain Circulation, wobei Impulse von außen für Abwanderungsregionen besonders wichtig sind
- Institutionelle Kapazitäten und Governance-Strukturen: Entfaltung der Vielfalt des Sozialkapitals, Beteiligung, soziale Inklusion, Gender Mainstreaming, Systemische Regionalentwicklung
- Resilienz in der Regionalentwicklung

3. ZUSAMMENFASSUNG DER ANALYTISCHEN BEFUNDE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

3.1 Das Phänomen Bevölkerungsrückgang in österreichischen Regionen

(1) Bevölkerungsrückgang betrifft fast alle Regionen in Österreich

Das Phänomen des Bevölkerungsrückgangs hat sich in den letzten Jahrzehnten auf der regionalen Ebene der Politischen Bezirke ebenso ausgebreitet wie auf kleinregionaler und Gemeindeebene. 30 % der Politischen Bezirke in Österreich und 40 % der Gemeinden weisen einen Bevölkerungsrückgang auf. Außer in den Stadtregionen gibt es in allen Regionen einzelne Gemeinden oder Kleinregionen, die von einem Bevölkerungsrückgang betroffen sind. Gemäß den aktuellen Bevölkerungsprognosen ist bis 2030 keine Stabilisierung oder gar eine Trendumkehr zu erwarten. Allerdings dürften auch keine neuen Regionen in Richtung Bevölkerungsrückgang kippen. Noch kaum einschätzbar ist die Auswirkung des Zustroms an Flüchtlingen auf die mittel- bis langfristige regionale Verteilung der Bevölkerungsentwicklung. Es ist allerdings zu erwarten, dass ein größerer Teil der Asylberechtigten nach einer Phase der Erstversorgung in die städtischen Zentren gehen wird.

Schlussfolgerungen:

Anpassungsstrategien zur Bewältigung des demografischen Wandels sind jedenfalls erforderlich und eine bundes-, landes-, regional- und gemeindepolitische Aufgabe.

(2) Geburtenrate wird zum dominanten Faktor für den Bevölkerungsrückgang

Regionen mit Bevölkerungsrückgang unterscheiden sich markant im zeitlichen Verlauf, im Ausmaß und nach den Komponenten des Bevölkerungsrückgangs. Zunehmend wird aber die negative Geburtenbilanz zum ausschlaggebenden Faktor für einen Bevölkerungsrückgang. 2005 hatten von 22 Politischen Bezirken mit Bevölkerungsrückgang 15 eine negative Wanderungsbilanz, 2014 waren es noch neun und 2015 nur mehr eine Region. Umgekehrt wies 2015 nur mehr eine einzige Region eine positive Geburtenbilanz auf.

Schlussfolgerungen:

Die Folgen negativer Geburtenbilanzen wirken nachhaltig und können vielfach auch mit positiven Wanderungsbilanzen nicht kompensiert werden. Dies untermauert die Notwendigkeit der Anpassung an den demografischen Strukturwandel. Gleichzeitig geht es aber auch darum, die Rahmenbedingungen für das Leben mit Kindern zu verbessern.

(3) Regionen mit Bevölkerungsrückgang sind Zuwanderungsregionen

Alle Regionen mit Bevölkerungsrückgang weisen eine positive Außenwanderungsbilanz – Zuwanderung aus dem Ausland – auf. Die Zuwanderung aus dem Ausland dämpft den Bevölkerungsrückgang in allen diesen Regionen. Mengengmäßig bedeutender ist allerdings die Binnenzuwanderung. Sie macht in den meisten Regionen mit Bevölkerungsrückgang 60 – 80 % der Zuwanderung aus. Die Binnenzuwanderung kompensiert zwischen 70 % und 100 % die Binnenabwanderung (2005 – 2015). Über einen längeren Zeitraum betrachtet zeigt sich eine erhebliche demografische Dynamik: in den Regionen

mit Bevölkerungsrückgang liegt der Anteil der in den letzten zehn Jahren (2005 – 2015) zugezogenen Personen zwischen 20 % und 40 % an der Gesamtbevölkerung (2015). Es ist davon auszugehen, dass ein Teil der zugezogenen Personen RückkehrerInnen sind, in gewissem Ausmaß werden aber auch Austauschprozesse stattfinden. Dazu fehlen aber empirische Belege.

Schlussfolgerung:

Regionen mit Bevölkerungsrückgang dürfen ihr Augenmerk nicht nur auf Abwanderung legen, sondern müssen sich auf die Bedingungen für Zuwanderung und die Integration von ZuwanderInnen sowohl aus dem Inland wie aus dem Ausland konzentrieren.

(4) Die jungen Frauen gehen voraus – Abwanderung als komplexes Phänomen

In den letzten Jahren häufen sich Studien und Prognosen zur Abwanderung junger Menschen – insbesondere von jungen Frauen – aus ländlichen Regionen. Die Herausforderungen, die Wirkungen geschlechterselektiver Abwanderung zu bewältigen, werden in manchen Regionen Österreichs zusehends größer. Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass Wanderungen die Folge von ungleichen Lebensbedingungen und –chancen sind. Diese werden sowohl durch harte Faktoren wie Erwerbsmöglichkeiten, Entlohnung, Ausbildungsstätten, Infrastrukturausstattung oder dem regionalen Wohnungsmarkt als auch durch weiche Faktoren wie Lebensqualität in den Regionen, regionale politische Rahmenbedingungen, Geschlechterrollenbilder, kulturelle Orientierung oder soziale Bindungen und Netzwerke bestimmt. In Hinblick auf weibliche Lebenszusammenhänge und Alltagsbewältigung in ländlichen Regionen ist auf das vielerorts gering ausdifferenzierte Arbeitsplatzspektrum und Lehrplatzangebot sowie auf das Festhalten an starren traditionellen Geschlechterrollen hinzuweisen, wodurch die Entwicklungsperspektiven für Frauen eingeschränkt werden.

Bislang gab es noch keine umfassende Erhebung zur geschlechterselektiven (Ab-) Wanderung aus ländlichen Regionen, jedoch punktuelle, räumlich eingegrenzte Studien, die auf einen dringenden Handlungsbedarf verweisen. Die statistische Erhebung, die im Rahmen dieses Projektes durchgeführt wurde, sollte ergründen, inwieweit die Abwanderung junger Menschen ein breites flächendeckendes Problem in Österreich ist oder auf spezifische ländliche Regionen zutrifft. Als Basis für die statistische Auswertung diente die Wanderungsstatistik der Statistik Austria der Jahre 2005-2015, die von Daten (An- und Abmeldungen) des Zentralen Melderegisters (ZMR) gespeist wird.

Die Alterskohorten, die für die Erhebung ausgewählt wurden – 15-19 Jahre, 20-24 Jahre und 25-29 Jahre – können als Übergangsphasen im Lebenszyklus gesehen werden, die eine verstärkte Mobilität bedingen. Dazu gehören vor allem die Ausbildungsphase, der Übertritt in die Erwerbsarbeit, das Eingehen von Partnerschaften, Haushaltsgründung und Elternschaft. Die Entscheidung, zu gehen oder zu bleiben, ist für junge Menschen ein Prozess des Abwägens, welcher durch Einflüsse des sozialen Umfeldes wie Familie, PartnerIn und Freunde, die Lebensverhältnisse vor Ort, die Möglichkeiten der Zielregionen sowie die Lebenszyklusphasen bestimmt wird. In diesem Sinne sollten (Ab-) Wanderungsentscheidungen junger Menschen als ‚Bewegung vorwärts‘ gesehen werden, die Teil ihrer persönlichen Entwicklung und des Erwachsenwerdens sind.

Bei Betrachtung des Wanderungssaldos der Gesamtbevölkerung Österreichs für die Jahre 2005-2015 zeigt sich, dass der positive Außenwanderungssaldo den positiven Saldo insgesamt erhöht und dabei die negativen Binnenwanderungssaldi in ländlichen Regionen fast zur Gänze ausgleicht. Hinsichtlich der Häufigkeit der Wanderungen sind die betrachteten Altersgruppen – 15-19 Jahre, 20-24 Jahre und 25-29 Jahre – die dynamischsten unter allen Alterskohorten. Die Ziele der Zuwanderung konzentrieren sich auf die großen Städte und deren nahegelegenen Regionen.

Die größten Abwanderungsverluste junger Menschen aus den überwiegend ländlichen Regionen¹ bestehen in der Altersgruppe 20-24 Jahre. Die stärkste Abwanderung von Mädchen und jungen Frauen aus den überwiegend ländlichen Regionen – stadtnahe und entlegen – findet in der Altersgruppe 15-19 statt. Sie wandern in einem höheren Ausmaß ab als junge Männer (im Durchschnitt um +18%). Zu den NUTS 3-Regionen mit 50-60% mehr weiblicher als männlicher Abwanderung in dieser Altersgruppe gehören: Liezen, Oststeiermark, Weinviertel und Osttirol. Auch in der nächstfolgenden Altersgruppe 20-24 Jahre, wandern 15% mehr Frauen als Männer ab. Die Gründe hierfür liegen in der ausbildungs- und erwerbsbedingten Mobilität. In der Altersgruppe 25-29 Jahre sind die Wanderungsbewegungen von Männern und Frauen nahezu ausgeglichen, mit einem leichten Überhang der Abwanderung von Männern. In einigen Regionen wandern bereits deutlich mehr junge Männer als Frauen ab: Östliche und Westliche Obersteiermark, Niederösterreich-Süd, Traunviertel und Wien. Hier kann angenommen werden, dass junge Männer dieser Altersgruppe berufsbedingt wandern, entweder um den Arbeitsplatz zu wechseln und/oder sich beruflich weiterzuentwickeln.

Die Analyse der Wanderung junger Menschen der drei Altersgruppen nach Raumtypen (2005-2015) zeigt folgendes Bild: Im Zuge der Binnenwanderung verlassen junge Frauen in einem etwas höheren Ausmaß die überwiegend ländlichen Regionen – sowohl stadtnahe als auch entlegene – als junge Männer. Sie wandern zu einem etwas größeren Anteil in die intermediären und überwiegend städtischen Regionen. Betrachtet man die Gesamtwanderung (Binnen- und Außenwanderung) der 15-29-Jährigen, so ergibt sich folgendes Bild: Österreichweit ist der Wanderungssaldo der Männer höher als jener der Frauen. Dies ist vorwiegend durch die Außenwanderung bedingt. Aus den beiden ländlichen Kategorien wandern mehr Frauen als Männer ab und in die überwiegend städtischen Regionen wandern mehr Frauen als Männer zu.

Schlussfolgerungen:

Die geschlechterspezifischen Unterschiede in den Wanderungsbewegungen sind in der Altersgruppe 15-29 Jahre im Zeitraum 2005-2015 in Summe relativ schwach ausgeprägt. Durch die Außenwanderung werden diese negativen Saldi weitgehend kompensiert, sodass sich in Summe, selbst für die peripheren ländlichen Regio-

¹ Im Rahmen der statistischen Analyse wurde auf die Raumtypologie der OECD/EU zurückgegriffen: überwiegend städtische Regionen; intermediäre Regionen; stadtnahe überwiegend ländliche Regionen; und entlegene überwiegend ländliche Regionen. Siehe: Brezzi, M., L. Dijkstra and V. Ruiz (2011), "OECD Extended Regional Typology: The Economic Performance of Remote Rural Regions", *OECD Regional Development Working Papers*, 2011/06, OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/5kg6z83tw7f4-en>

nen kaum Bevölkerungsverluste ergeben und sich die geschlechterspezifischen Bevölkerungsverluste reduzieren. Für eine fundierte Einschätzung ist die Beobachtung aller Wanderbewegungen – Ab- und Zuwanderung – wichtig, da die absoluten Bewegungen in beide Richtungen sehr hohe Werte zeigen. Der positive Saldo aus der Außenwanderung (internationale Zuwanderung) vermag die negativen Folgen dieser Entwicklungen auch für die ländlichen Regionen zu verringern. Für die Analyse kleinräumiger Betroffenheit von ausgeprägter geschlechterspezifischer Abwanderung sind weiterführende Studien erforderlich.

Der Fokus sollte zukünftig nicht nur auf das ‚Weggehen‘ und ‚Zurückkehren‘ gelegt werden, sondern auch auf die ‚Zuwanderung‘ generell. Eine klare Positionierung und „Offenheit“ der Regionen für Zuwanderung, neue Einflüsse und Innovationen ist als richtungsweisende Strategie anzusehen.

(5) Bevölkerungsrückgang führt zu einer älteren Bevölkerung

Das Durchschnittsalter in Regionen mit Bevölkerungsrückgang liegt bei ca. 45 Jahren, in städtischen Regionen bei ca. 40 Jahren (2015).

Schlussfolgerungen:

Etwa 50 % der Budgets österreichischer Gemeinden sind altersstrukturabhängig. Der Wandel der Altersstruktur führt zu einem Redimensionierungsbedarf der Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, die besondere Anpassungsstrategien erfordern.

(6) Kleinregionale Bevölkerungsrückgänge in Wachstumsregionen

Fast alle Regionen mit Bevölkerungswachstum haben Kleinregionen oder einzelne Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang. Diese Kleinregionen mit Bevölkerungsrückgang befinden sich zumeist in den peripheren Randlagen der Bezirke.

Schlussfolgerungen:

Regions- und situationsspezifische Analysen (Demografiecheck) und Strategien sind erforderlich.

(7) Kleinregionale Bevölkerungszuwächse in Regionen mit Bevölkerungsrückgang

Fast alle Regionen mit Bevölkerungsrückgang weisen einzelne Gemeinden oder Teilregionen mit Bevölkerungszuwachs auf. Folgende Gründe wurden identifiziert:

- Umlandgemeinden von Bezirkszentren, die günstiges verfügbares oder attraktives Wohnbauland anbieten können,
- zufällige Faktoren wie die Eröffnung eines Altenheims, oder einer größeren Flüchtlingsunterbringung,
- hohe Attraktivität durch eine gezielte Gemeindepolitik (z. B. Virgen in Osttirol),
- Erreichbarkeit von Arbeitszentren (z. B. Gemeinden im Nahbereich des Linzer Zentralraums im Bezirk Rohrbach).

Schlussfolgerungen:

Zu einem guten Teil handelt es sich um sehr spezifische und zufällige Phänomene, die in Form von win-loose Beziehungen auftreten. Aktive Gemeindepolitik kann aber wirken. Bei der Erreichbarkeit sind die Handlungsmöglichkeiten durch den weitgehenden Vollausbau des hochrangigen Straßennetzes begrenzt.

(8) Regionale Zentren sind Stabilisatoren in Regionen mit Bevölkerungsrückgang

Entgegen den Erwartungen weisen viele regionale Zentren in den Regionen mit Bevölkerungsrückgang ebenfalls einen Bevölkerungsrückgang auf (2001 - 2011: 25 auf 29). Eine detaillierte Analyse ergibt aber, dass 50 % der regionalen Zentren eine positive Wanderungsbilanz aufweisen, 87 % aber eine negative Geburtenbilanz. Der Bevölkerungsrückgang in den regionalen Zentren ist daher mehr von der Geburtenbilanz als von der Wanderungsbilanz verursacht. Die aktuelle Entwicklung (2011 – 2016) zeigt außerdem, dass in der Zwischenzeit eine Trendumkehr stattgefunden hat: 16 von 29 regionalen Zentren in den Bezirken mit Bevölkerungsrückgang haben nun eine positive Gesamtbilanz, 83 % eine positive Wanderungsbilanz. Regionale Zentren haben also eine stabilisierende Funktion in Regionen mit Bevölkerungsrückgang.

Schlussfolgerungen:

Die Stärkung regionaler Zentren sollte nicht als innerregionale Konkurrenz gesehen werden. Die entscheidende Frage ist, ob Personen in der Region gehalten werden können oder durch Abwanderung verloren gehen. Qualitativ hochwertige Angebote von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erfordern Bündelung. Attraktive Zentren sind auch wichtig für die Rückwanderung oder Zuwanderung wissensbasierter Unternehmen und gut ausgebildeter Arbeitskräfte. Die Aufgabenteilung zwischen regionalen und kleinregionalen Zentren kann auf regionaler Ebene erfolgen.

3.2 Motive der Wanderung

Die Einflussfaktoren und Motive für das Wanderungsverhalten sind sehr vielschichtig. Die Entscheidung für die Wohnortwahl – also dem Dableiben oder dem Weggehen - junger Menschen aus ländlichen Regionen fällt in einem Spannungsfeld zwischen (sozialem) Zwang und Selbstbestimmung. Die räumliche, ökonomische und soziale Mobilität hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht und ist Teil der Biographie junger Frauen und Männer. Daher wird zunehmend nicht mehr von ‚Weggehen‘ sondern von einer ‚Bewegung vorwärts‘ von jungen Menschen gesprochen. Zwischen den beiden äußeren Polen des Gehens und Bleibens gibt es eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Mobilitätskonzepte, auch abhängig von den Lebenszyklusphasen, die es zu berücksichtigen gilt. Hinsichtlich der (wissenschaftlichen) Analyse von Motiven der Wanderung sollten bestehende Ausblendungen (Zuwanderung), (Be-)Wertungen (rückständige Sesshaftigkeit und fortschrittliche Abwanderung) sowie Zuschreibungen und Verallgemeinerungen (Landflucht ist jung und weiblich) diskutiert und reflektiert werden.

(1) Komplexe Motivlagen – rationale Entscheidungen, individuelle Präferenzen und regionale Attraktivität

Die Analyse internationaler Studien sowie regionaler Studien betreffend die Pilotregionen der ÖREK-Partnerschaft (Nockregion, Obersteiermark Ost, Osttirol) zeigt vielfältige Motivlagen für die (Ab-)Wanderung junger Menschen. Zusammengefasst lassen sich diese unterteilen in: (i) ausbildungsbedingte Motive, (ii) berufsbedingte Motive, (iii) persönliche Motive und (iv) Motive der Lebensqualität. In den Lebensentwürfen vieler junger Menschen zeigt sich, dass ‚räumliche‘ Wanderung meist auch ‚soziale‘ Wanderung bedeutet,

die mit wirtschaftlicher und sozialer Aufstiegsorientierung verbunden ist. Das Angebot an ‚harten‘ Standortfaktoren und ‚weichen‘ Wohlfühlfaktoren einer Region hat dabei einen entscheidenden Einfluss auf Abwanderung, Rückwanderung und Zuwanderung:

- Harte Standortfaktoren – Ausbildungsmöglichkeiten, Jobangebot, Lohnniveau, öffentliche Infrastruktur, Wohnungsmarkt;
- Weiche Standortfaktoren – Kenntnisse und Fähigkeiten der Organisation und des Managements der Wirtschafts- und Regionalentwicklung, der Kooperation, des Bewusstseins über regionale Stärken, institutionelle Dichte und Strategien zur Präsentation attraktiver Elemente der Region;
- Weiche Wohlfühlfaktoren – Familie und soziales Netzwerk, Lebensqualität, Klima der Offenheit, kulturelles und soziales Angebot, politische Rahmenbedingungen, Geschlechterrollenbilder, Vereinsstrukturen, Freizeitangebote, Landschaft und Natur.

Der Prozess der (Ab-)Wanderung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen kann als Spannungsfeld zwischen (sozialem) ‚Zwang‘ und Selbstbestimmung gesehen werden. Der Aufbruch in die Unabhängigkeit fernab der (sozialen) Enge, von Traditionen bestimmten Regeln und Grenzen der Herkunftsregion und die Erprobung eigener Lebensentwürfe sind wichtige Differenzenerfahrungen und Herausforderungen für junge Menschen. In vielen Studien wird thematisiert, dass Mädchen und junge Frauen stärker unter dem sozialen Druck und der Enge der oft traditionellen (patriarchalen) Gesellschaftsstrukturen in ländlichen Regionen leiden als Burschen und junge Männer. Das Vereinswesen und die (politische) Öffentlichkeit sind meist männerdominiert und nicht sehr attraktiv für sie, sodass sie auch eine geringere Bindung an die Region aufbauen. Sie zeigen in Folge oft eine stärkere Mobilitätsbereitschaft für Ausbildungszwecke und haben höhere Bildungsambitionen sowie andere Berufsvorstellungen als junge Männer. In Hinblick auf eine mögliche Rück- und Zuwanderung in ländliche Regionen ist es wichtig, all diese Einflussfaktoren in den Blick zu nehmen und ein regionales Klima zu schaffen, das der Entfaltung der vielfältigen Lebensentwürfe junger Menschen förderlich ist.

(2) Reflexion tradierter Abwanderungskulturen in ländlichen Regionen

Die Rahmenbedingungen für das (Ab-)Wandern werden oftmals sehr früh – meist schon in der Schulzeit – gelegt. Wie wird in den Familien und in der ländlichen Gesellschaft generell über Abwanderung ‚gesprochen‘? Vielerorts spielt das Vorhandensein eines Abwanderungsdiskurses oder einer Abwanderungskultur (z.B. Waldviertel) eine wichtige Rolle. Diese beinhalten die familiäre und gesellschaftliche Erwartungshaltung an die jungen Menschen, die Region zu verlassen, um woanders ihre Lebensperspektiven und Berufsbiographien zu verwirklichen. Dies fördert auch das Klischee der fortschrittlichen Abwanderung und der rückständigen Sesshaftigkeit, obwohl gerade die Entscheidung ‚zu bleiben‘ oft eine sehr aktive Entscheidung erfordert.

(3) Zuwanderung erfordert aktive Maßnahmen zur Erkennung des positiven Potenzials

Die Betonung einer regionalen Identität, die (zu) stark auf Tradition und regionalen Besonderheiten, auf traditionellen Normen und Werten basiert, die die Unterscheidung von anderen – „Wir sind so und nicht wie die anderen“ – in den Mittelpunkt stellt, fördert eher die Exklusion von Personen, die aufgrund ihres Lebensstils und ihrer Werte damit wenig

anfangen können. Für die Entwicklungsfähigkeit ländlicher Gebiete ist es jedoch zentral, das vorhandene Potenzial an sozialer Vielfalt, Kreativität und Innovation im Entwicklungsprozess zielgerichtet zu unterstützen und zu nutzen.

(4) Hohe Lebensqualität, moderne Infrastruktur und Natur/Landschaft fördern Zuwanderung

Nicht nur die Entscheidung ‚zu gehen‘ sondern auch die Entscheidung ‚zurück zu kehren‘ oder ‚zu kommen‘ hängen von vielfältigen Einflussfaktoren, Motiven und Lebenszyklusphasen ab. Die Attraktivität ländlicher Regionen wird durch eine Mischung aus harten Wirkungsfaktoren und weichen Wohlfühlfaktoren begründet, die in weiterer Folge die Umsetzung vielfältiger Arbeits- und Lebensmodelle ermöglicht. Eine Region, in der Menschen mit all ihren Potenzialen und ihrer Kreativität gefördert werden, ist eine Region des Aufbruchs. Dazu ist es nötig, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen: attraktives soziales und kulturelles Umfeld, Arbeitsmodelle, die für unterschiedliche Lebensphasen eine reale Umsetzung im Alltag erlauben, zuverlässige und moderne Kommunikationsnetze, die vergleichbaren Standards anderer (städtischer) Regionen entsprechen.

Schlussfolgerungen:

Die Wanderungsbewegungen junger Frauen und Männer sind ein komplexer Prozess, der sich einer rein regionalökonomischen Erklärung entzieht. Es ist wichtig zu reflektieren, welche Bilder und Entwicklungschancen eine Region vermittelt und wie ein positives Bild der Region (durch zielgerichtetes ‚Framing‘) geprägt werden kann. In Hinblick auf die Analyse von (Ab-)Wanderung aus ländlichen Regionen ist es notwendig, verstärkt die Wechselwirkungen von Geschlecht, Alter, Lebensphase, ökonomischem und sozialem Status sowie Ethnizität im regionalen Kontext in den Blick zu nehmen. Nur so kann der komplexe Prozess von Wanderungsentscheidungen verstanden werden. Darüber hinaus sollte sich die öffentliche Diskussion der Fokus nicht nur auf das ‚Weggehen‘ und ‚Zurückkehren‘ konzentrieren, sondern vermehrt auf die ‚Zuwanderung‘ in die Region achten.

3.3 Faktor Lebensqualität

(1) Objektive Lebensqualität (i.w.S. Ausstattungsmerkmale einer Region) und subjektiv wahrgenommene Lebensqualität der Bevölkerung hängen nicht zwangsläufig zusammen.

Bei der Betrachtung der Lebensqualität wurden vor allem jene Bereiche analysiert, von denen angenommen werden kann, dass sie einen Raumbezug haben. Daten dazu wurden aus der Erhebung EU SILC (Statistics on Income and Living Survey) aus den Jahren 2012/ 2013 durch die Statistik Austria zur Verfügung gestellt.

- Die Analyse ergab, dass für BewohnerInnen von Regionen mit Bevölkerungsverlust verschiedene Angebote der Daseinsvorsorge (Apotheke, Lebensmittelgeschäft, prak-

tischer Arzt, etc.) signifikant schwieriger zu erreichen sind als für BewohnerInnen von Regionen ohne Bevölkerungsverlust. Dies kann als schlechtere „objektive Lebensqualität“ interpretiert werden (Geringeres Vorhandensein von Leistungen der Daseinsvorsorge im Umfeld).

- Weiters zeigte sich, dass Personen in Regionen mit Bevölkerungsverlust über signifikant geringeres Einkommen (persönliches Gesamteinkommen netto) verfügen.
- Die Zufriedenheit mit der Wohngegend als zusammenfassender Indikator für subjektive Lebensqualität am Wohnort ist jedoch für BewohnerInnen von Regionen mit Bevölkerungsverlust signifikant höher als für die BewohnerInnen von Regionen ohne Bevölkerungsverlust.
- Kein signifikanter Unterschied zeigt sich in den Angaben zur Zufriedenheit mit dem Leben generell, der finanziellen Situationen des Haushalts, dem persönlichen Einkommen, der Dauer des Arbeitswegs oder der der Anzahl an Arbeitsstunden.
- Diese scheinbar paradoxe Situation ist ein bekanntes Phänomen in der Lebensqualitätsforschung. Unterschiedliche Studien kommen zum Schluss, dass Zusammenhänge zwischen objektiven Faktoren, die als relevant für die Lebensqualität gesehen werden können und subjektiver Zufriedenheit (also deren Bewertung) häufig sehr gering ausgeprägt sind.

Erklärt werden kann diese Situation auf unterschiedliche Weise:

- Ein objektiv schlechteres oder fehlendes Angebot an Leistungen der Daseinsvorsorge vor Ort kann kompensiert werden, indem man beispielsweise die eigene Mobilität erhöht, um leichter zu Orten mit besserem Angebot zu kommen (zusätzliches Auto kaufen) oder neue Möglichkeiten findet, Angebote aus den Zentren zu nutzen (z.B. verstärkter Online-Einkauf). Diese These wird weiters dadurch gestützt, dass Menschen aus Regionen mit Bevölkerungsrückgang signifikant höhere Verbundenheit mit Personen aus der Wohngegend zeigen und auch häufiger Verwandte, Freunde oder Nachbarn um Hilfe bitten können (SILC 2013)
- Subjektive Bewertungen sind immer vom Anspruchslevel abhängig. So kann es dazu kommen, dass Menschen ihre Erwartungen und Ansprüche reduzieren, was erklären könnte, warum BewohnerInnen von Regionen mit Bevölkerungsverlust vergleichsweise höheren Zufriedenheitswerte aufweisen. Für das Beispiel Nahversorgung gibt es die These, dass Menschen im Suburbanisierungsgebiet wesentlich sensibler auf Veränderungen des Angebots reagieren als dies Menschen in ländlichen Regionen tun².
- Die vergleichsweise niedrigeren Zufriedenheitswerte der BewohnerInnen der Regionen ohne Bevölkerungsverlust kann dadurch beeinflusst werden, dass Menschen mit überzogenen Erwartungen an eine höhere Lebenszufriedenheit dorthin ziehen, bzw. sie ihre Entscheidungen aufgrund unvollständiger Informationen treffen, was letztendlich zu Enttäuschung und sinkender Zufriedenheit führt.

² Vg. Muschwitz et al. (2011): Nahversorgung näher bringen.

http://raumkom.de/files/nahversorgung_broschuere

Schlussfolgerungen:

Nimmt man die Lebensqualität als Maßstab, so sehen sich Menschen in Regionen mit Bevölkerungsrückgang nicht als „Verlierer“. Sie haben vielfach gelernt, mit der Dynamik sinkender „objektiver Lebensqualität“ umzugehen, ihre Erwartungshaltungen angepasst und neue Strategien entwickelt. Es stellt sich nun die Frage, wie tragfähig sich diese neu und lokal/regional organisierten Lösungen erweisen, aber auch, welchen Gestaltungsspielraum den Regionen geschaffen wird, um weiterhin selbständig angepasste Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

Im Umkehrschluss ist es in Anbetracht dieser Fakten wahrscheinlich nicht realistisch anzunehmen, dass die Wiederbelebung einmal verlorengegangener Leistungen der Daseinsvorsorge zum Abwanderungsstopp führen wird (siehe auch Wandermotive entlang der Lebensphasen). Jedoch kann eine Neuinterpretation der „klassischen Daseinsvorsorge“ durch neue Funktionalitäten und neue Trägerstrukturen ein Impuls für diese Regionen sein.

Es ist aber keinesfalls angebracht, auf Investitionen in die dezentrale Daseinsvorsorge zu verzichten. Vor allem wenn es darum geht, Zuzug aus Ballungsräumen zu realisieren. Die lokal organisierten Lösungen sind stark durch Sozialkapital getragen, zu dem die neu Zugezogenen schwer Zugang bekommen. So kann es sein, dass die gelernten „kurzen Wege“ tatsächlich vermisst werden und vermutete „schlechtere Lebensqualität“ den Zuzug hemmen. Damit dies nicht passiert, ist im Sinne eines breiten Verständnisses von Lebensqualität angeraten, möglichst viele Facetten des guten Lebens, die eine Region bietet, vor den Vorhang zu holen und auch aktiv auszubauen!

(2) Ein breiteres Set an Indikatoren für Lebensqualität erklärt die allgemeine Lebenszufriedenheit eines Bewohners (d.h. seine Lebenszufriedenheit) besser als ein einzelner regionaler/regionsbezogener Indikator.

- **Fragt man einen Menschen „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrem Leben auf einer Skala von 0 bis 10“ so kann man davon ausgehen, dass der/die Antwortende seine/ihre Zufriedenheit mit vielen verschiedenen Lebensbereichen (Arbeit, Wohnen, Familie, etc.) abwägt und in die Antwort mit einfließen lässt³. Dies zeigt sich auch in der Analyse des SILC 2013.**
- **Die stärksten Zusammenhänge mit der allgemeinen Lebenszufriedenheit (gemessen über alle Befragten) haben „Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushalts“ und „Zufriedenheit mit persönlichen Beziehungen“.**
- **Aber auch Zufriedenheit mit der Wohngegend und mit dem Wohnen zeigen signifikanten Einfluss auf die Zufriedenheit mit dem Leben. Vermutlich sind sie als Faktoren dafür verantwortlich, dass die Zufriedenheit mit dem Leben mit sinkender Gemeindegröße ansteigt. (intervenierende Variablen)**

³ Dieser Zugang folgt der „bottom-up spillover Theorie“ (Sirgy, Joseph M.(2001): Handbook of Quality-of-Life Research. An ethical marketing perspective. Dordrecht: Kluver)

- „Having – Loving – Being“ ist eine mögliche Systematisierung für die Aspekte, die ein „gutes Leben“ kennzeichnen und sich an menschlichen Bedürfnissen⁴ orientiert. „Having“ steht dabei für die materiellen Komponenten der Lebensqualität (ökonomische Ressourcen, Wohn- und Arbeitsbedingungen, Gesundheit, Bildung, etc.). „Loving“ beschreibt das Bedürfnis nach Anschluss zu Menschen(gruppen) unterschiedlichster Art. „Being“ schließlich steht für den Grad an Selbstbestimmung sowie den Kontakt zur Natur, Einbindung in (politische) Entscheidungen, etc.

(3) In Österreichs Regionen herrscht eine allgemein hohe Lebensqualität. Menschen aus Regionen mit Bevölkerungsrückgang sind dabei in keinem der untersuchten Bereiche unzufriedener – in manchen Bereichen herrscht sogar höhere Zufriedenheit als in Regionen ohne Bevölkerungsrückgang

- Die allgemeine Lebenszufriedenheit der Österreicherinnen und Österreicher liegt auf einer 11-teiligen Skala (0... überhaupt nicht zufrieden, 10... vollkommen zufrieden) im Schnitt bei **7,87** (SILC 2013) – d.h. auf einem relativ hohen Niveau.
- Vergleicht man jeweils BewohnerInnen von Regionen (Bezirken) mit Bevölkerungsrückgang mit BewohnerInnen von Regionen ohne Bevölkerungsrückgang, so zeigen sich im Mittel keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der allgemeinen Zufriedenheit. Gleiches gilt auf Ebene der Gemeinden.
- Jedoch zeigen die 16 - 25-jährigen aus Regionen mit Bevölkerungsrückgang eine signifikant höhere allgemeine Lebenszufriedenheit als die korrespondierende Altersgruppe aus Regionen ohne Bevölkerungsrückgang. Gleiches gilt auf Ebene der Gemeinden.
- Anders als vermutet zeigen sich keine signifikanten Zufriedenheitsunterschiede hinsichtlich der finanziellen Situation des Haushalts und dem persönlichen Einkommen.
- Die Analyse zeigt insgesamt keinen einzigen Lebensbereich, bei dem BewohnerInnen von Regionen mit Bevölkerungsrückgang geringere Zufriedenheit angeben. Vielmehr sind BewohnerInnen aus Regionen mit Bevölkerungsrückgang zufriedener mit der Wohnung/ Wohnsituation, der Arbeit (!), der verfügbaren Zeit für gern gemachte Dinge, der verfügbaren Zeit für andere wichtige Personen, Freizeit und Grünflächen sowie der Wohngegend.

Schlussfolgerungen:

Lebensqualität ist ein komplexes und mehrdimensionales Konzept. NUR das Einkommen oder NUR die intakte Natur als Faktor für ein gutes Leben in einer bestimmten Region zu sehen greift zu kurz. Neben monetären Faktoren sind es Beziehungsqualitäten zu anderen Menschen sowie die Einbindung in das soziale Gefüge. „Having – Loving – Being“ fassen dieses Triptychon der Lebensqualität zusammen.

⁴ Allardt, Erik (1993): Having, Loving, Being: An Alternative to the Swedish Model of Welfare Research. In: Nussbaum, M/ Sen, A. (Hrsg.): The Quality of Life. Oxford: Clarendon Press. 88-95

Die Wertigkeit der einzelnen Faktoren zueinander mögen sich aber im Laufe des Lebens ändern. D.h. es ist wahrscheinlich, dass für junge Menschen monetäre Faktoren (Bildung, Einkommen, Beruf) im Vordergrund stehen und sie daher ihre Wanderungsentscheidung darauf aufbauen. Nach dem ersten oder zweiten Kind können die Präferenzen aber deutlich anders liegen. Daher sind ein gelungenes „Loving“ und „Being“ Faktoren, die Rückbindung ermöglichen und attraktiv für Zuzug „neuer“ Menschen macht.

Eine Region sollte daher nicht vehement versuchen, die ganze Energie in die Optimierung des „Having“ zu investieren, sondern sich auch auf die Qualität der persönlichen Beziehungen (Loving) und die Stärkung der Selbstbestimmung sowie die Einbindung in die Entscheidungsstrukturen (Being) konzentrieren. Hier haben die Regionen und Gemeinden deutlich höhere Gestaltungsspielräume im eigenen Wirkungsbereich und der materielle Investitionsaufwand ist geringer.

3.4 Faktor Regionalwirtschaft

(1) Regionen mit Bevölkerungsrückgang sind nicht automatisch arme Regionen mit einer schlechten wirtschaftlichen Performance

Die Analyse der Zusammenhänge zwischen demografischer Entwicklung und regionalwirtschaftlicher Entwicklung hat Folgendes gezeigt:

- Regionen mit Bevölkerungsrückgang liegen beim BIP / EW zwar tendenziell unter dem österreichischen Durchschnitt weisen aber in den letzten zehn Jahren überdurchschnittliche Zuwächse auf, die sowohl absolut als auch relativ über den städtischen Spitzenregionen liegen (z. B. Obersteiermark Ost, Obersteiermark West, Waldviertel, Unterkärnten, Oberkärnten, Südburgenland).
- Zwischen Arbeitsplatzentwicklung und Bevölkerungsentwicklung lässt sich überraschenderweise kein statistischer Zusammenhang herstellen (Korrelationskoeffizient 0,17).
- Auch zwischen dem Einkommensniveau unselbständiger Beschäftigter und der Bevölkerungsentwicklung ist kein signifikanter Zusammenhang herstellbar. Regionen mit Bevölkerungsrückgang können deutlich überdurchschnittliche Einkommensniveaus aufweisen (Beispiel Bruck / Mürzzuschlag, Leoben).
- Regionen mit Bevölkerungsrückgang unterscheiden sich stärker untereinander als von Regionen mit Bevölkerungszunahme.

Schlussfolgerungen:

Das Selbstverständnis nach Innen und die Außendarstellung sollte in den Regionen mit einer positiven wirtschaftlichen Performance nicht dominant mit der Bevölkerungsentwicklung verknüpft werden. Regions- und situationsspezifische regionalwirtschaftliche Strategien sind erforderlich.

(2) Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur beeinflusst die demografische Entwicklung

In Österreich insgesamt haben die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft zwischen 2001 und 2011 um 25 % (-47.000) und in Industrie und Gewerbe um 3,3 % (-33.500) abgenommen. Die Beschäftigung im „normalen“ Dienstleistungssektor (ohne unternehmens- und wissensbezogene Dienstleistungen) ist hingegen um 16 % (+313.000), bei den unternehmens- und wissensbezogenen Diensten sogar um 62 % (+290.000) gestiegen. Die Analyse der regionalen Verteilung der sektoralen Beschäftigtenentwicklung ergibt folgendes Bild:

- Es gibt einen Zusammenhang zwischen Bevölkerungszuwachs und dem Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor (Korrelationskoeffizient 0,59).
- Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Bevölkerungszuwachs und dem Anteil an unternehmens- und wissensbezogenen Dienstleistungen (Korrelationskoeffizient 0,67). Diese Korrelation deckt sich auch mit dem starken Zusammenhang zwischen Bevölkerungszunahme und Akademikeranteil.
- Es gibt einen schwachen Zusammenhang zwischen abnehmender Bevölkerung und dem Anteil der Beschäftigung in der Landwirtschaft (Korrelationskoeffizient -0,45) und dem Anteil der Beschäftigung in Industrie und Gewerbe (Korrelationskoeffizient -0,22).
- Kein Zusammenhang konnte zwischen Bevölkerungsentwicklung und der Größenstruktur der Betriebe festgestellt werden.

Schlussfolgerungen:

Nur eine Fokussierung auf Dienstleistungen, vor allem unternehmens- und wissensbezogene Dienstleistungen, erhöht die Chancen für Regionen mit Bevölkerungsrückgang, den Rückgang zu bremsen oder eine Trendumkehr zu schaffen. Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor bieten auch Chancen für die Rückkehr von Personen, die aus Ausbildungszwecken abgewandert sind, und sie erhöhen das Arbeitsplatzangebot für Frauen. Neben dem Arbeitsplatzangebot braucht es aber auch ein soziales und kulturelles Umfeld, das sowohl für Betriebe als auch Beschäftigte dieser Branchen attraktiv ist. Damit verbunden sind Offenheit für Neues, für soziale Diversität, Kinderbetreuungsangebote ebenso wie eine integrierende Vereins- und Gemeindepolitik sowie attraktive regionale Zentren. Urbane soziale und kulturelle Qualitäten müssen mit den Qualitäten des ländlichen Raums gekoppelt werden.

(3) Standortpolitik für Industrie und Gewerbe – Bestand erhalten und regionale Qualitätsstandorte anbieten

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen Bevölkerungsentwicklung und Beschäftigung in Industrie und Gewerbe hat auch deswegen zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt, weil es in Österreich sowohl Industrieregionen mit Bevölkerungsverlusten als auch Industrieregionen mit Bevölkerungszuwächsen gibt. Ziemlich eindeutig gehen aber starke Arbeitsplatzverluste in Industrie und Gewerbe mit einem Bevölkerungsrückgang einher (Beispiele Bruck / Mürzzuschlag, Leoben, Murtal, Gmünd, Zeitraum 1981 – 2011). Industrieregionen mit Zuwächsen an Industriearbeitsplätzen weisen zumeist auch eine positive Bevölkerungsentwicklung auf (Beispiele Braunau, Ried, Weiz, Zeitraum 1981 –

2011). Allerdings gibt es auch Industrieregionen mit abnehmender Industriebeschäftigung und wachsender Bevölkerung (Beispiele Kirchdorf a. d. Krems, Vöcklabruck, Amstetten, Zeitraum 1981 – 2011), sowie Industrieregionen mit wachsender Beschäftigung und abnehmender Bevölkerung (Beispiel Völkermarkt, Zeitraum 1981 – 2011). Regionale Analysen zeigen darüber hinaus, dass ländliche Regionen mit einem höheren Anteil an Beschäftigten im sekundären Sektor höhere Einwohnerdichten am Dauersiedlungsraum aufweisen. Das gilt auch für jene Industrieregionen, die bereits langjährige Bevölkerungsrückgänge aufweisen (z. B. Leoben, Bruck a. d. Mur / Mürzzuschlag).

Die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in Industrieregionen hängt oft an einzelnen Betrieben und kaum planbaren Zufälligkeiten (z. B. Magna in Weiz, KTM in Matighofen, FACC in Ried, die ehemalige verstaatlichte Industrie in der Obersteiermark).

In manchen dieser Regionen kam es zu Strukturanpassungen, die durch höhere Produktivität die globale Wettbewerbsfähigkeit und das Überleben der Betriebe sicherten. In diesen Regionen fanden und finden nachgelagerte demografische Anpassungsprozesse statt, die ähnlich wie in den landwirtschaftlich geprägten Regionen kaum beeinflussbar sind. Dennoch weisen die Industrieregionen, die strukturelle Anpassungsprozesse durchlaufen, oftmals ein hohes Einkommensniveau der verbleibenden Bevölkerung, eine sehr positive Entwicklung des Bruttoregionalprodukts und eine immer noch vergleichsweise hohe Einwohnerdichte bezogen auf den Dauersiedlungsraum auf.

Schlussfolgerungen:

In diesen Regionen muss es vor allem darum gehen, die Substanz und Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Industrie- und Gewerbebetriebe zu erhalten und mit smarten regionalen Spezialisierungsstrategien an den bestehenden Stärken und Qualitäten anzusetzen. Bei der Betriebsstandortentwicklung geht es darum, einige wenige Qualitätsstandorte für internationale Ansiedlungen zu entwickeln und vorzuhalten. Diese Standortpolitik sollte aber auf Landesebene koordiniert werden.

3.5 Faktor Tourismus

(1) Tourismus ist kein Allheilmittel gegen Bevölkerungsrückgang

Bei der Analyse des Zusammenhangs von Bevölkerungs- und Tourismusentwicklung gab es einige überraschende Ergebnisse:

- In den Intensivtourismusgemeinden (mehr als 70 Übernachtungen / EW) gibt es in den letzten zehn Jahren einen negativen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Tourismusintensität: je höher die Tourismusintensität desto wahrscheinlicher ist ein Bevölkerungsrückgang.
- Auch in Gemeinden mit niedrigerer Tourismusintensität konnte kein Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung nachgewiesen werden.

(2) Die Ursachen für die Entkoppelung von Tourismusintensität und Bevölkerungszuwachs sind noch unklar.

Diese überraschenden Ergebnisse decken sich allerdings nur teilweise mit den Ergebnissen auf Regionsebene. Tourismusregionen (Polit. Bezirke) mit hoher Tourismusinten-

sität weisen überwiegend Bevölkerungszuwächse auf (Zell a. See, St. Johann i. P., Schwaz, Kitzbühel, Imst, Bludenz). In diesen Regionen dürften die durch den Tourismus ausgelösten regionalen Wertschöpfungsketten hohe Beschäftigungseffekte und ein überdurchschnittliches Bruttoregionalprodukt bewirken. Die Tourismusregionen mittlerer Intensität (40 – 60 Übernachtungen / EW) hingegen weisen mit Ausnahme von Kufstein alle einen Bevölkerungsrückgang (2005 – 2015) auf (Liezen, Spittal a. d. D. Tamsweg, Lienz). Eine Detailanalyse in ausgewählten Tourismusintensivregionen (St. Anton, Ötztal, Pitztal) ergab folgendes Bild:

- Intensivtourismusgemeinden hatten bis zu Beginn der 2000er Jahre eine positive Bevölkerungsentwicklung. Eine Entkoppelung erfolgte erst danach, teilweise erst seit 2011.
- Intensivtourismusgemeinden sind unverändert Arbeitsplatzzentren mit einer klar positiven Pendlerbilanz und einem hohen pro-Kopf-Gemeindeeinkommen.
- Die Nachbargemeinden von Tourismusintensivgemeinden profitieren durch das Arbeitsplatzangebot mehr als durch Wohnsitzverlagerungen auf Grund hoher Wohnkosten im Tourismushauptort.
- Der Bevölkerungsrückgang ist einerseits durch sinkende positive Geburtenbilanzen andererseits durch negative Wanderungsbilanzen verursacht.

Die Ursachen für die Entkoppelung zwischen Bevölkerungswachstum und Tourismusintensität müssten in detaillierteren Untersuchungen erforscht werden. Dabei könnte von folgenden Hypothesen ausgegangen werden:

- In den Intensivtourismusregionen lässt die Wachstumsdynamik nach oder ein Wachstumspfad wurde erreicht.
- Das Ausbildungsniveau der einheimischen Bevölkerung und das Qualifikationsniveau des Arbeitsplatzangebots passen nicht mehr zusammen. Saisonarbeitskräfte kommen zeitlich befristet und gehen wieder. Junge Einheimische gehen aus Ausbildungsgründen weg und kommen aufgrund fehlender adäquater Arbeitsplätze nicht mehr zurück.
- Der Tourismus in den ländlichen Regionen ist seit dem Höhepunkt an Übernachtungszahlen anfangs der 1990iger Jahren zurückgegangen oder stagniert (z. B. Tirol 1991 – 2015: -0,5 %). Nur der Städtetourismus weist hohe Zuwachsraten auf (Wien 1991 – 2015: +113 %). Marktanteilsgewinne führen zu Marktanteilsverlusten in anderen Regionen.

Schlussfolgerungen:

Tourismus war ein wichtiger Stabilisator für die Bevölkerung in den ländlichen Tourismusregionen und trägt wesentlich zur regionalen Wertschöpfung bei.

Vor dem Hintergrund stagnierender oder kaum wachsender Übernachtungszahlen bedeuten hohe Investitionen in touristische Infrastruktur vor allem in Regionen mit geringer Tourismusintensität ein großes Risiko. Es ist daher nicht zu erwarten, dass der Tourismus in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu einer Trendwende in der demografischen Entwicklung leisten kann. Das bedeutet nicht, dass in den

Tourismus nicht weiter investiert werden sollte. Das ist notwendig, allein um das bestehende Niveau zu halten und im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

3.6 Faktor Land- und Forstwirtschaft

(1) Der Strukturwandel in der Land- und Forstwirtschaft ist ein maßgeblicher Grund für den Bevölkerungsrückgang

Die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft geht durch Produktivitätssteigerungen und Effizienzerhöhungen seit Beginn der Industrialisierung zurück. Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich seit 1951 von 18,8 ha auf 45,7 ha erhöht (Grüner Bericht 2017). Zwischen 2001 und 2011 hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft um 25 % reduziert und es gibt einen relativ klaren Zusammenhang zwischen Bevölkerungsrückgang und Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft.

(2) Hoher Anteil an Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft im Vergleich zu anderen vergleichbaren EU-Ländern

Österreich hat einen vergleichsweise hohen Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft: 4,4 % im Jahr 2016 (Deutschland: 1,3 %, Schweiz: 3,2 %, Schweden: 1,9 %, Eurozone: 3,2 %, *Quelle: EUROSTAT 2017*). Die im internationalen Vergleich klein strukturierte, auf Qualität ausgerichtete österreichische Landwirtschaft (knapp 20 % der Betriebe sind Biobetriebe; Biobetriebe 2001 – 2016: + 23 %) ist immer noch ein wichtiger Faktor für den Bevölkerungsstand in den Regionen mit Bevölkerungsrückgang. In diesen Regionen liegt der Anteil der Beschäftigten im land- und forstwirtschaftlichen Sektor zumeist noch zwischen 10 und 20 % (z. B. Zwettl: 20 %, Murau: 17 %, Hermagor: 14 %, Gmünd: 11 %, Waidhofen / Thaya: 14 %, Wolfsberg: 10 %, St. Veit a. d. G.: 10 %, Völkermarkt: 11 %, Rohrbach: 13 %, Scheibbs: 15 %; *Quelle: Statistik Austria, Arbeitsstättenzählung 2011*). In land- und forstwirtschaftlich dominierten Teilregionen erreicht dieser Anteil bis zu 30 % (z. B. Metnitztal).

Schlussfolgerungen:

Die Qualitätsorientierung der österreichischen Landwirtschaft und die Einbettung in regionale Wertschöpfungsketten dürften zu einer Dämpfung des Beschäftigtenrückgangs in der Land- und Forstwirtschaft und damit auch des Bevölkerungsrückgangs beitragen.

3.7 Trendbrüche und Trendwenden

Die Analyse von Trendwenden und Trendbrüchen von Bevölkerungsrückgang zu Bevölkerungswachstum hat ergeben, dass Trendwenden und Trendbrüche möglich sind. Folgende Gründe und Rahmenbedingungen wurden identifiziert:

(1) Trendumkehr durch die Verbesserung der Erreichbarkeit von großen Arbeitsplätzen

Die Verbesserung der Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen durch den Ausbau der Straßenverkehrsinfrastruktur und durch die Massenmotorisierung sowie durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrsangebots hat vor allem in den Regionen im Einzugsbereich von Wien bereits in den 1980iger Jahren zu einer Trendumkehr geführt: Politische

Bezirke Hollabrunn, Mistelbach, Gänserndorf, Bruck an der Leitha, Neusiedl am See. Eine Stabilisierung zeichnet sich in den Bezirken Horn, Oberpullendorf, Oberwart und Rohrbach im Mühlviertel ab.

Schlussfolgerungen:

Da der Infrastrukturausbau weitgehend abgeschlossen ist und die Vollmotorisierung im ländlichen Raum nahezu erreicht wurde, sind durch die Verbesserung von Erreichbarkeitsverhältnissen keine besonderen Impulse für die Zukunft zu erwarten.

(2) Trendbrüche in den West- und Südalpen

Die Regionen in den West- und Südalpen waren bis in die 1980iger Jahre stark von Bevölkerungsrückgängen betroffen. Seit den 1990iger Jahren weisen viele dieser Regionen wieder eine positive Wanderungsbilanz auf. Folgende Ursachen für diesen Trendbruch wurden identifiziert (Čede et al 2014):

- Tagespendlerdistanzen zu Agglomerationsräumen (Grenoble, Lyon, Turin, Mailand, Venedig-Mestre) durch Infrastrukturausbau und Motorisierung
- Deutlich günstigere Lebenshaltungskosten (v. a. Wohnraum)
- Gute IT-Verbindungen
- Attraktives Ambiente für „AussteigerInnen“

Schlussfolgerungen:

Die stark steigenden Wohnungskosten auch in den österreichischen Agglomerationsräumen könnten zumindest deren Zuwanderung abschwächen und zu Gunsten der Rückgangsregionen in Tagespendeldistanz zu den Zentren wirken.

(3) Trendwende durch gezielte Politiken

Die Analyse von Guten Beispielen zeigt auch, dass gezielte Politiken auf Gemeinde- und Regionsebene wirksam sein können. Allerdings lassen sich übertragbare Erfolgsrezepte kaum ableiten, da äußere Rahmenbedingungen und relevante politische Konstellationen (oftmals Initiativen von charismatischen Einzelpersonen) eine große Rolle spielen. Offenheit und aktive Integrationsbereitschaft dürften aber wichtige Erfolgsfaktoren darstellen.

Schlussfolgerungen:

Eine aktive Politik zur Bewältigung des demografischen Wandels kann eine Trendwende einleiten. Strategien müssen aber regions-, gemeinde- und situationsspezifisch entwickelt und umgesetzt werden.

4. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die im Folgenden vorgelegten Handlungsempfehlungen wurden teilweise bereits im „Experten-Impulspapier zu regional- und raumordnungspolitischen Entwicklungs- und Anpassungsstrategien“ formuliert. Die Erkenntnisse aus den vertiefenden Analysen im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft „Strategien für Regionen mit Bevölkerungsrückgang“ wurden eingearbeitet.

4.1 Allgemeine Empfehlungen

(1) Nur ein vielfältiger Zugang ist der Komplexität des Themas Bevölkerungsrückgang angemessen

Das Phänomen des demografischen Wandels, des Bevölkerungsrückgangs im Allgemeinen und der Abwanderung im Besonderen bedarf unterschiedlicher methodischer Zugänge (demografische, soziale, regionalwirtschaftliche, regionalentwicklungspolitische, psychologische, kommunikationsorientierte Zugänge). Es muss dabei auch die Binnenzuwanderung und die Zuwanderung aus dem Ausland verstärkt mit einbezogen werden. Nur so kann die Komplexität des Phänomens angemessen behandelt werden.

Akteure: Bundes- und Landesverwaltungen, Kammern, Intermediäre Organisationen

(2) Der demografische Wandel folgt regional nicht beeinflussbaren strukturellen Entwicklungen, die Anpassungsstrategien und ein neues Selbstverständnis erfordern

Die globalen strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft führen zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen aus dem landwirtschaftlichen und dem industriell-gewerblichen Sektor zum Dienstleistungssektor und hier zu den unternehmens- und wissensbasierten Dienstleistungen. Dieser Wandel begünstigt Agglomerationen und städtische Standorte, die auch über die Ausbildungseinrichtungen verfügen, die die im globalen Wettbewerb erforderliche Höherqualifizierung der Beschäftigten ermöglicht. Diese strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft werden durch gesellschaftliche Entwicklungen begleitet, die zu niedrigeren Geburtenraten und zu negativen Geburtenbilanzen auch in ländlichen Regionen führen. Besonders betroffen sind Regionen mit rohstofflastiger Grundproduktion, die im globalen Wettbewerb bestehen müssen und die sich außerhalb der Tagespendeldistanzen zu städtischen Agglomerationsräumen befinden. Gleichzeitig weisen aber gerade diese Regionen eine sehr gute wirtschaftliche Performance, ein überdurchschnittliches Einkommensniveau und eine hohe Lebensqualität auf. In diesen Regionen sollten

- die demografischen Folgen des nicht beeinflussbaren strukturellen Wandels aktiv durch Anpassungsstrategien begegnet werden,
- die Verbesserung der Lebensqualität für die bestehende Bevölkerung und für potenzielle ZuwanderInnen im Vordergrund stehen,
- ein Imagewandel der Region aufbauend auf den bestehenden Stärken gepflegt werden.

Akteure: Landespolitik, regionale intermediäre Organisationen, Gemeindepolitik

(3) Bevölkerungsrückgang und demografischer Wandel erfordern Multi-Level-Governance

Das Phänomen Bevölkerungsrückgang und demografischer Wandel ist in der Praxis von Politik und Planung angekommen. Auf Landesebene, aber auch auf regionaler Ebene, in LEADER-Regionen wurde begonnen, Grundlagen aufzubereiten („Demografiecheck“), Konsequenzen zu analysieren, Strategien zu entwickeln sowie Maßnahmen und Projekte auszuarbeiten. Die Umsetzung braucht das Zusammenspiel unterschiedlicher institutioneller Akteure:

- Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich,
- Gemeinden in regionalen Kooperationsräumen,
- Regionen soweit sie als eigene Rechtspersönlichkeiten handlungsfähig sind,
- Bund und Länder mit ihren Planungs-, Förder- und Finanzierungsinstrumenten.

Damit ein Standortwettbewerb mit win-loose oder loose-loose Situationen vermieden werden kann, sind Kooperationen, Ausgleichsmechanismen und innovative Strukturen unabdinglich.

Akteure: Bund, Länder, Gemeinden, intermediäre Organisationen

(4) Neue Perspektiven in der Regionalentwicklung sind nötig – der Fokus auf Wachstum und Wettbewerb reicht nicht

Die klassischen wachstumsorientierten Ziele und Strategien der Regionalentwicklung, die in erster Linie die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit im Fokus haben, reichen nicht aus, um einen weiteren Bevölkerungsrückgang in ländlichen Regionen mit Bevölkerungsrückgang zu verhindern.

Für eine positive Entwicklung von Regionen mit Bevölkerungsrückgang braucht es neue Perspektiven, die vor allem folgende Aspekte berücksichtigen sollten:

- Das Thema Lebensqualität für die regionale Bevölkerung, potenzielle NeuzuwanderInnen und RückkehrerInnen ist in all ihren Dimensionen stärker zu berücksichtigen. Für die Aufrechterhaltung der Lebensqualität braucht es im Bereich der Daseinsvorsorge (klein)regionale Konzepte, die eine Basisversorgung in allen Kommunen und ein umfassendes Angebot in den zentralen Orten sicherstellen.
- Der Funktionswandel zu Wohnstandorten und Standorten mit hoher Freizeit- und Erholungsqualität sollte gegenüber einer zu stark wirtschaftlich orientierten Perspektive an Bedeutung gewinnen.
- Der Aufbau eines neuen Selbstverständnisses, das von kreativen, selbstorganisierten Aktivitäten in einer sozial offenen Atmosphäre geprägt ist, sollte gefördert werden.

Akteure: Bund, Länder

(5) Regionen mit Bevölkerungsrückgang sollten sich auf Zuwanderung fokussieren und nicht auf Abwanderung

Ein großer Teil der Abwanderung bzw. des Bevölkerungsrückgangs wird durch Zuwanderung kompensiert. Die Regionen und Gemeinden sollten daher Zuwanderungsstrategien entwickeln. Dazu zählen:

- Spezielle Zielgruppen hofieren

Für Regionen mit Bevölkerungsrückgang sind ZuwandererInnen aus dem In- und Ausland eine Chance, die es zu nutzen gilt.

Selbstständige, die unternehmerische Initiative mitbringen, sollten gezielt umworben werden.

SeniorInnen, die ihren Lebensabend in einem landschaftlich attraktiven Ambiente verbringen möchten, stellen ebenfalls eine interessante Zielgruppe dar.

Gemeinden, in denen Jugendliche und Frauen einen wertschätzenden Umgang erleben, können eher damit rechnen, dass abgewanderte Jugendliche und Frauen später wieder in die Gemeinde zurückkehren oder die Beziehungen zu ihrer Heimatregion in anderer Form aufrecht halten.

- Offenheit und gesellschaftliche Vielfalt mit Identität und Tradition verbinden

Die Mobilisierung der regionalen Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit erfordert eine Akzeptanz der Vielfalt, Offenheit für Impulse von außen, Bereitschaft für Veränderung, die Reflexion „traditionell üblicher“ Vorgangsweisen, eine positiv orientierte Sprache und die Schaffung sozialer Spielräume. Der produktive Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt und die Vereinbarkeit mit Identität und Tradition werden zu einer Schlüsselkompetenz in der Entwicklung ländlicher Regionen.

(6) Förderprogramme und –instrumente ergänzen

Die Einbindung der Zivilgesellschaft in die regionale und kommunale Entwicklung durch partizipationsorientierte Ansätze sowie notwendige soziale Innovationen werden durch unrealistische und zu kurzfristige Wirkungserwartungen sowie immer komplexer werdende Förderrichtlinien konterkariert.

Die Aktivierung der Zivilgesellschaft und von innovativen Personen außerhalb etablierter Organisationen braucht neue Anreize, Themen und Formate, die von bestehenden Förderprogrammen zu wenig geboten oder überhaupt ausgeblendet werden.

Die Realisierung von wirtschaftlichen und sozialen Innovationen im ländlichen Raum erfordert niederschwellige und weitgehend ergebnisoffene Förderprogramme sowie eine Reduktion von Bürokratie und Kontrollmechanismen.

Politik und Verwaltung übertragen ihre „legitimationsorientierte“ Handlungslogik immer stärker auf intermediäre regionale Entwicklungsorganisationen. Diese werden so zu einer „Verlängerung“ von Politik und Verwaltung statt zu einer notwendigen Ergänzung im Sinne einer innovationsorientierten Governancestruktur.

Akteure: Bund, Länder

(7) Regions- und situationsspezifische Zugänge sind notwendig

Die Analyse hat gezeigt, dass sich Regionen mit Bevölkerungsrückgang in den Erscheinungsformen, im zeitlichen Verlauf und bei den Ursachen oftmals stärker untereinander unterscheiden als zu Regionen mit Bevölkerungswachstum. Die Rahmenbedingungen und Ursachen für den demografischen Wandel sind vielfältig und von Region zu Region verschieden. Neben generellen Strategien sind daher regions- und situationsspezifische Strategien unabdingbar.

Akteure: Bund, Länder, Regionen

4.2 Regionalwirtschaftliche Empfehlungen

(1) Die Rahmenbedingungen für unternehmens- und wissensbasierte Dienstleistungen verbessern

Während die Beschäftigung sowohl in der Landwirtschaft als auch in Industrie und Gewerbe abnimmt, gibt es einen Zuwachs im Dienstleistungssektor und hier wiederum ein besonders dynamisches Wachstum bei unternehmens- und wissensbasierten Dienstleistungen. Bisher haben von dieser Entwicklung vor allem städtische Regionen profitiert. Nun geht es darum einen Teil dieses Wachstums auch in den ländlichen Regionen abzuschöpfen. Dadurch könnten auch für jene Personen attraktive Arbeitsplatzangebote entstehen, die aus Ausbildungszwecken in die Städte abgewandert sind und gerne zurückkehren würden. Die Regionen können dafür nur die Rahmenbedingungen gestalten. Dazu zählen:

- Leistungsfähige Breitbandinfrastruktur als Basis
- Anbindung an bestehende regionale Wertschöpfungsketten und wirtschaftliche Stärkefelder („smarte regionale Spezialisierung“)
- Soziale und kulturelle Angebote mit „urbaner“ Qualität
- eine offensive inklusive Regions- und Gemeindepolitik

Attraktiven regionalen Zentren kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Akteure: Länder, Regionen, Gemeinden

(2) Innovationsfähigkeit ausbauen und Brain Gain und Brain Circulation aktiv gestalten

Die Förderung und regionale Verankerung von „Lebenslangem Lernen“ sowie Weiterbildungsmöglichkeiten vor Ort haben einen hohen Einfluss auf die Innovationsfähigkeit von Regionen und deren Attraktivität für die regionale Bevölkerung und potenzielle ZuwandererInnen und RückkehrerInnen.

Regionen mit hoher Abwanderung haben potenziell ein großes überregionales ExpertInnennetzwerk. Die gezielte Entwicklung dieses Netzwerkes aus qualifizierten abgewanderten Personen sowie deren temporäre Einbindung in kommunale und regionale Entwicklungsprozesse können dem Brain Drain entgegenwirken und neue Entwicklungsperspektiven eröffnen. Und: Die „Überalterung“ sowie der niedrigere Anteil von Akademikerinnen und Akademikern in Regionen mit Bevölkerungsrückgang könnten damit teilweise kompensiert werden.

Akteure: Regionen, Gemeinden

(3) Pflege der bestehenden industriell-gewerblichen Basis insbesondere der Leitbetriebe

Eine ausgewogene wirtschaftliche Struktur mit einer industriell-gewerblichen Basis ist verbunden mit

- höheren Einwohnerdichten im Dauersiedlungsraum;

- bietet einen Möglichkeitsraum für neue Entwicklungen und Innovationen (Beispiel Magna in Weiz, KTM in Oberösterreich, diverse Hidden Champions) und
- eröffnet Ansatzpunkte für eine smarte regionale Spezialisierung.

Akteure: Bund, Länder

(4) Konzertierte regionale Standortentwicklung statt kleinräumiger Standortwettbewerb um Betriebe

Für den internationalen Standortwettbewerb sollten regionale Qualitätsstandorte gesucht und entwickelt werden, die von den Ländern gemeinsam mit den Regionen ausgewählt werden.

Akteure: Länder, Regionen

(5) Sicherung der auf Qualität ausgewählten österreichischen Landwirtschaft und Einbettung in regionale Wertschöpfungsketten

Die Land- und Forstwirtschaft ist in Regionen mit Bevölkerungsrückgang mit bis zu 20 % der Beschäftigten immer noch ein wichtiger Faktor für den Bevölkerungsstand. Die qualitätsorientierte im internationalen Vergleich kleinteilige Landwirtschaft kann durch die Einbettung in regionale Qualitätswertschöpfungsketten gesichert werden.

Akteure: Bund, Länder, Regionen, Landwirtschaftskammer

4.3 Tourismus

(1) Beschäftigung mit dem demografischen Wandel in Intensivtourismusgemeinden

Der Bevölkerungsrückgang in touristischen Intensivgemeinden ist ein relativ neues Phänomen, das einer vertieften Analyse bedarf, damit eine gezielte Strategieentwicklung möglich wird.

Akteure: Länder, Tourismusregionen, Tourismusgemeinden

(2) Tourismusinvestitionen außerhalb der Tourismusintensivregionen auch an der Nachfrage der einheimischen Bevölkerung und der potenziellen ZuwanderInnen orientieren und für die Verbesserung der Lebensqualität nutzen

Ländliche Regionen mit Bevölkerungsrückgang zeichnen sich durch eine hohe landschaftliche Qualität und vielfältige Freizeitmöglichkeiten aus. Die touristische Wettbewerbsfähigkeit erlaubt keine Großinvestitionen. Touristische Strategien sollten neben der Substanzsicherung vor allem auch die Freizeitbedürfnisse der einheimischen Bevölkerung bedienen.

Akteure: Tourismusregionen, Tourismusverbände, Tourismusgemeinden

4.4 Lebensqualität

(1) Konzentration auf „weiche“ Faktoren der Lebensqualität: soziales und kulturelles Kapital

Regionen mit Bevölkerungsrückgang sollten nicht ihre ganze Energie in die materiellen Komponenten der Lebensqualität investieren, sondern sich auf die Qualität der sozialen Beziehungen, die Stärkung der Selbstbestimmung und die Einbindung in Entscheidungsstrukturen konzentrieren. Das gilt vor allem für die Gemeinden abseits der regio-

nen Zentren. Das bedeutet, dass das Thema Lebensqualität evidenzorientierter und intensiver behandelt werden muss.

Akteure: Regionen, Gemeinden, NGOs

(2) Bündelung von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in regionalen Zentren

Qualitativ hochwertige und leistungsfähige Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge müssen ein ausreichendes Nachfragepotenzial bedienen und gut auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Für eine Bündelung solcher Angebote eignen sich regionale und kleinregionale Zentren.

Akteure: Länder, Gemeinden

(3) Innovative Lösungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in den kleineren Gemeinden: digitale Dienste, Leistungsbündelung und –integration, Selbstorganisation, Mikro-ÖV, Sharing-Modelle, etc.

Akteure: Länder, Regionen, Gemeinden, NGOs

(4) Verbesserungen für das Leben mit Kindern und Jugendlichen

Die negativen Geburtenbilanzen wurden zu einem sehr wichtigen Faktor für den Bevölkerungsrückgang. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass Maßnahmen, die Organisation des Lebens mit Kindern erleichtern, positive Auswirkungen auf die Geburtenraten haben. Dazu zählen vor allem qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote (Kleinkinder bis Schulkinder), kinderfreundliche Arbeitszeiten und Unterstützung für AlleinerzieherInnen.

Akteure: Bund, Länder, Gemeinden

4.5 Gender, soziale Diversität, Inklusion

(1) Die lebensweltlichen Gründe der Abwanderung ernstnehmen

Die Abwanderung von jungen Menschen hat nicht nur ökonomische, sondern ist häufig Ergebnis lokaler Lebensumstände, vorherrschender traditioneller Geschlechterrollenbilder und sozialer und kultureller Orientierungen sowie einengender (politischer) Öffentlichkeit. Oft reagieren AkteurInnen in Politik und Verwaltung zeitverzögert auf gesellschaftliche Entwicklung und nehmen Zeichen der Veränderungen zu spät oder verzerrt wahr.

Akteure: Länder, Regionen, Gemeinden

(2) Gleichstellung und soziale Vielfalt als Standortfaktor verstehen und verstärken

EU-weite Studien haben aufgezeigt, dass die Berücksichtigung von Gleichstellung und sozialer Vielfalt auch die Wirtschaftsentwicklung fördert. Dies drückt sich in höheren Frauenerwerbsquoten und einer geringeren Einkommensschere aus, lässt sich an einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung und an einem größeren Dienstleistungsangebot ablesen.

Akteure: Länder, Regionen, Gemeinden, Kammern

(3) Aufbrechen tradierter Geschlechterrollenbilder ist notwendig

Wanderungen sind meist Folge von ungleichen Lebensbedingungen und –chancen. Durch das Festhalten an tradierten Geschlechterrollenbildern, die den Frauen die (Allein-)Verantwortung für die Reproduktionsarbeit zuschreibt sowie durch die Männerdominanz in der politischen Öffentlichkeit und im lokalen Vereinswesen, werden die Entwicklungsperspektiven für Frauen stark eingeschränkt.. Insbesondere Unternehmen in ländlichen Regionen können dazu beitragen, tradierte Geschlechterrollenbilder zu revidieren und die Potenziale der Mädchen und Frauen zu fördern – auch in sogenannten Männerberufen. Aber auch Gemeinden kommt hier eine Rolle zu, indem tradierte, männerdominierte Strukturen aufgebrochen und geöffnet werden.

Akteure: Länder, Regionen, Gemeinden, Wirtschaftskammer, Ausbildungseinrichtungen

(4) Gründungen und (soziale) Netzwerke zur Nutzung und Stärkung der regionalen Vielfalt fördern

Die gezielte Nutzung der in der Region vorhandenen Vielfalt an Potentialen und Ressourcen von Frauen, Männern, Jugendlichen, Älteren, Zugewanderten und MigrantInnen kann sehr positive Effekte auf die Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit von ländlichen Regionen haben. Es gilt, die zahlreichen Leistungen und Fähigkeiten dieser Personengruppen sichtbar zu machen und deren Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Situation in der Region zu propagieren.

Akteure: Bund, Länder, Regionen, Gemeinden

5. FORSCHUNGSBEDARF

Aus der Bearbeitung werden folgende Empfehlungen für weitergehende Analysen abgeleitet:

(1) Analyse des Zusammenhangs zwischen demografischer Entwicklung und Erreichbarkeit

Erreichbarkeit ist ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die demografische Entwicklung, insbesondere für Wanderungsbewegungen. Aktuell erfolgt eine Aktualisierung der Erreichbarkeitsverhältnisse in Österreich im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft „Plattform Raumordnung und Verkehr“. Die daraus zu erwartenden Ergebnisse bieten eine hervorragende Grundlage für eine Analyse des Zusammenhangs zwischen demografischer Entwicklung und Erreichbarkeit.

(2) Motivenanalyse der Zuwanderung in Regionen mit Bevölkerungsrückgang

50 % bis 100 % der Abwanderung aus Gemeinden und Regionen mit Bevölkerungsrückgang werden durch Zuwanderung kompensiert. Über die Motive, Bedürfnisse und Erwartungen der ZuwanderInnen gibt es kaum empirische Untersuchungen. Für die Entwicklung erfolgreicher Strategien wären mehr Erkenntnisse über Zuwanderung in diese Regionen eine wichtige Voraussetzung.

(3) Vertiefte Analysen zum Phänomen der demografischen Entwicklung in Intensivtourismusgemeinden und in Tourismusregionen

Das Phänomen des Bevölkerungsrückgangs in Tourismusintensivregionen ist noch neu und bedürfte tiefergehender Analysen, damit adäquate Strategien entwickelt werden können.

(4) Vertiefte Analysen zum genderspezifischen Wanderungsverhalten

Um aussagekräftige Ergebnisse in Hinblick auf das genderspezifische Wanderungsverhalten und seine Auswirkungen auf den ländlichen Raum zu erhalten, ist es notwendig, verstärkt die Wechselwirkungen und Intersektionen zwischen Geschlecht, Alter, Lebensphase, ökonomischen und sozialem Status sowie Ethnizität zu betrachten. Nur so kann der komplexe Prozess von Wanderungsentscheidungen besser verstanden werden. Darüber hinaus sollte sich die öffentliche Diskussion nicht nur auf das Weggehen und Zurückkehren konzentrieren, sondern auch vermehrt auf die Zuwanderung in die Region achten. Es ist darauf hinzuwirken, dass geschlechter-disaggregierte Daten auf regionaler und lokaler Ebene leichter zugänglich werden. Denn derzeit stehen diese spezifischen Daten oftmals nicht in der gewünschten Differenzierung und in der adäquaten räumlichen Dimension zur Verfügung.

(5) Vertiefte Analysen für kleinräumige Problemlagen

Wanderungsbewegungen sind vielfach von kleinräumigen Unterschieden in der Bewertung der Attraktivität von Räumen geprägt. Quantitative und auf regionalen Durchschnitt aufbauende Studien können diese feinen Differenzierungen kaum erfassen. Detailanalysen auf kleinräumiger Ebene und Langzeitstudien können daher wichtige Hintergrundinformationen zu Motivation und Wirkungszusammenhängen aufbereiten und Hinweise auf weiterführende Konzepte der Strategieentwicklung liefern.

(6) Vertiefte Analyse des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung agrarischer Strukturen und demografischer Entwicklung

Die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft ist in Regionen mit Bevölkerungsrückgang immer noch ein bedeutender Faktor. Die Wirkungen einer qualitätsorientierten Entwicklung, die Einbettung in regionale Wertschöpfungsketten sowie auch die Rolle der Landwirtschaft bei Anpassungsstrategien (z. B. Green Care) sollte vertieft untersucht werden.

(6) Vertiefte Analyse der Auswirkungen der Veränderungen der Altersstruktur in den Regionen und Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang

Besonders auf lokaler Ebene ergeben sich durch die Veränderung der Altersstruktur erhebliche Auswirkungen und Herausforderungen vor allem hinsichtlich des Bedarfs und der Anforderungen an die Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Vertiefte Analysen für die Entwicklung von Anpassungsstrategien wären zweckmäßig.

Wien, 12.10.2017

6. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

- ALLARDT E. (1993): Having, Loving, Being: An Alternative to the Swedish Model of Welfare Research. In: Nussbaum M., Sen A. (Hrsg.): The Quality of Life. Oxford: Clarendon Press, 88 – 95
- BARCA F. (2009): An Agenda for A Reformed Cohesion Policy: A Place Based Approach to Meeting European Union Challenges and Expectations, Independent Report, Prepared at Request of the European Commissioner for Regional Policy, Danuta Hübner, European Commission, Brussels
- BENDER D., KANITSCHIEDER S. (2012): New Immigration Into the European Alps: Emerging Research Issues. In: Mountain Research and Development 32 (2), S. 235 – 241
- BMLFUW (2017): Grüner Bericht 2017
- BRAITHWAITE, K. (2009): Building on what you have got: A guide to optimising assets. Dunfermline: Carnegie UK Trust
- CAMAGNI R. CAPELLO R. (2013): Regional Competitiveness and Territorial Capital: A Conceptual Approach and Empirical Evidence from the European Union. In: Regional Studies 47, S. 1.383 – 1.402
- CAMAGNI, R. (2008). Regional Competitiveness: Towards a Concept of Territorial Capital. In: Modelling Regional Scenarios for the Enlarged Europe, Springer, Berlin-Heidelberg, pp. 33 – 47
- ČEDE P., BEISMANN M., WALTER J., LÖFFLER R., STEINICKE E. (2014): Neue Zuwanderung in den Alpen – der Osten ist anders. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 156. Jg., Wien, 2014, S. 249 – 272
- CIPRA INTERNATIONAL (2015): Experiences on immigration and repopulation in the Alpine Space / Zuwanderung und Wiederbesiedelung im Alpenraum; Examples / Beispiele
- Convelop et al. (2009) EU-Kohäsionspolitik in Österreich 1995-2007 Eine Bilanz, Materialienband. ÖROK Schriftenreihe Nr. 180. Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), Wien
- DAX, T., KAHILA, P., TALBOT, H. and SHUCKSMITH, M. (2010) Implications for Cohesion Policy in Rural Europe, Applied Research Project 2013/1/2 “European Development Opportunities for Rural Areas” (EDORA), ESPON 2013 Programme, Working Paper 28, Wien. <http://www.nordregio.se/inc/openitem.asp?id=115416&nid=2112>
- DUJMOVITS, R. (2015) Regionale Entwicklungsstrategien: Theoretische und empirische Begründungen und ihre Implikationen, in: Egger, R. und Posch, A. (Hg.) Lebensentwürfe im ländlichen Raum, Ein prekärer Zusammenhang? Lernweltforschung Springer VS: Wiesbaden, 29-56
- EGGER, T., NIEDERER, P. und PARVEX, F. (2013): Potenzialarme Räume: Analyse von Fallbeispielen. Studie der SAB, Bern/Taverne
- ESPON & Leibnitz Institut für Länderkunde (2013): SEMIGRA-Final Report. Luxemburg & Leibnitz: Selbstverlag
- EC (2017): EU-Statistics on Income and Living Conditions (EU SILC) 2012 and 2013
- EUROSTAT (2017): Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren in Europa

- FIRGO M., MAYERHOFER P. (2015): Wissensintensive Unternehmensdienste, Wissens-Spillovers und regionales Wachstum. Hrsg. (2015): Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
- GILL I. (2010): Regional Development Policies: Place-based or People-centred. In: VoxEU.org 9, October
- GROSSMANN G. M., HELPMANN E. (1991): Quality ladders in the Theory of Growth. In: Review of Economic Studies 58, S. 43 – 61
- HALLER R. (2015): Die Macht der Kränkung. Ecowin, Salzburg
http://www.sab.ch/fileadmin/user_upload/customers/sab/Publikationen_der_SAB/Potenzialarme_Raueme_Mai2014_02.pdf
- HUBER, W. (2011) Eine Region ist kein Motorrad – oder: Sind hyperkomplexe, dynamische Systeme steuerbar? (1994) in: Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.) Politik und Raum in Theorie und Praxis, Sonderserie Raum & Region Heft 3, Wien, 51-66.
- Kröhnert, S. (2011) Der demografische Wandel teilt Deutschland in Schwund- und Boomregionen - aufzuhalten ist diese Entwicklung nicht, in: Wirtschaftsdienst, 91 (4), 230-233
- JAIN A., SCHMITHALS J. (2009): Motive für die Wanderung von West- nach Ostdeutschland und Rückkehrertypen. In: CASSENS/LUY/SCHOLZ (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden, VS-Verlag
- KAST V. (1990). Trauern. Phasen und Chancen des psychischen Prozesses. Kreuz, Stuttgart
- KRÖHNERT St. et al (2008): Die demografische Zukunft von Europa – Wie sich Regionen verändern. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.). Berlin
- KRUGMANN P. (1998): What's New about the New Economic Geography. In: Oxford Review of Policy
- KÜBLER-ROSS, E. (2001): Interviews mit Sterbenden. Droemer Knauer, München
- LEIBERT T., WIEST K. (2014): Abwanderung, Zurückkehren, Bleiben? Wanderungsentscheidungen junger Frauen in strukturschwachen ländlichen Räumen: Sachsen-Anhalt im Fokus. In: LARCHER M., OEDL-WIESER Th., SCHMITT. M., SEISER G. (Hrsg.): Frauen am Land – Potenziale und Perspektiven
- MUSCHWITZ et al (2011): Nahversorgung näher bringen
- MUSIL R. (2012): Konvergenz durch Dezentralisierung? Die Entwicklung der europäischen Peripherien vor dem Hintergrund der räumlichen Staatsorganisation. In: Rural 6, S. 1 – 35
- MYRDAL G. (1957): Economic Theory and Underdeveloped Regions
- NATSIOS, A. (2010) The clash of counter-bureaucracy and development. Center for Global Development, Washington DC. www.cgdev.org/content/publications/detail/142427
- Offenes Technologielaor – OTELO (2015) Die Otelos Charter. Online: https://www.dropbox.com/s/t0agp557xkjp7rt/2015_10_06_Die%20OTELO-Charta_0_1_1.pdf?dl=0
- ÖROK (2015): ÖROK-Regionalprognosen 2014 – 2030, Teil 1: Bevölkerung. In: ÖROK-Schriftenreihe Nr. 196/I
- Österreichische Raumordnungskonferenz (2015): ÖROK-Atlas

- PERROUX F. (1995): Note sur la notion de "pole de croissance". In: *Economie Appliquée* Tome VIII, No 1/2, S. 309
- Regional Scenarios for the Enlarged Europe, Springer, Berlin-Heidelberg, pp.33-47
- ROMER P. M. (1986): Increasing Return and long run Growth. In: *Journal of Political Economy* 95, S. 1.002 – 1.037
- ROMER P. M. (1990): Endogenous Technological Change. In: *Journal of Political Economy* 98, S. 71 – 102
- SAGER, F., HUEGLI, E. und MAVROT, C. (2013) Evaluation des Mehrjahresprogramms 2008-15 zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP), Zusammenfassung. Kompetenzzentrum für Public Management, Universität Bern
- SCHWARZ W. (2014): Die sozio-ökonomische Entwicklung der Regionen in der Europäischen Union – Raumzeitliches Mosaik der Ungleichheit. In: *Mitteilungen der Österreichischen Geografischen Gesellschaft*, 156. Jahrgang, Wien 2014, S. 9 – 56
- SIRGY J. M. (2001): *Handbook of Quality-of-Life Research. An ethical marketing perspective*. Dordrecht: Kluwer
- SOLOW R. M. (1956). A contribution to the Theory of Economic Growth. In: *Quarterly Journal of Economics* 70 (1), S. 65 – 94
- Statistik Austria (2017): Arbeitsstättenzählung 1991, 2001, 2011
- Statistik Austria (2017): Regionalatlas Österreich
- Statistik Austria (2015): Statistisches Jahrbuch 2017
- Statistik Austria: Volks- und Registerzählungen 1961 – 2017
- STEIGER, U. und SCHILLIGER, P. (2015) Neue Regionalpolitik (NRP): eine Zwischenbilanz, Erkenntnisse und Erfahrungen aus den ersten sieben Jahren, Regio S, Das Magazin zur Regionalentwicklung Nr. 10. Brig, 7-14
- STEINICKE E., ČEDE P. & LÖFFLER R. (2012): In-migration as a new process in demographic problem areas of the Alps. Ghost towns vs. amenity settlements in the alpine border area between Italy and Slovenia. In: *Erdkunde* 66/4, pp. 329-344.
- SWAN T. W. (1956): Economic Growth and Capital Accumulation. In: *Economic Record* 32, S. 334 – 361
- VON REICHERT Ch., CROMARTIE J. B., ARTHUN R. O. (2014): Impacts of Return Migration on Rural U. S. Communities. In: *Rural Sociology* 79 (2), S. 200 – 226
- WASTL R. (2014): Wanderungsmotive in unterschiedlichen Zentrumstypen. Unveröffentlichtes Manuskript, Universität Klagenfurt
- WEBER G. (2009): Schrumpfung als Planungsauftrag? Der gestaltete Rückzug als neue Aufgabe der Raumplanung. CIPRA-Jahresfachtagung 2009, Gamprin, FL.
- WEBER G., FISCHER T. (2010): Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse. Wien: Selbstverlag

WORLD BANK (2009): Reshaping Economic Geography: World Development Report. The World Bank, Washington, CD, 6 November